



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 06.10.2021, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Aktueller Bericht aus dem Corona-Krisenstab - mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Der Tagesordnungspunkt 4 wird vorgezogen und nach Tagesordnungspunkt 2 beraten. Das Gremium zeigt sich hiermit einverstanden. EBMin Schmetz stellt die Beschlussfähigkeit fest und ruft Tagesordnungspunkt 1 auf.

EBMin **Schmetz** und der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie berichten zum aktuellen Stand anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt und gehen auf die Fragen des Gremiums ein.

Stadträtin **Liepins** spricht die Luftfilterthematik an. In der Elternschaft gebe es hierzu große Unruhe, berichtet sie. Man wisse nicht, wohin man spenden könne und welche Geräte beschafft werden dürfen. Im Gemeinderatsbeschluss seien nur unkonkrete Angaben gemacht. Sie fordert Informationen zu den erforderlichen technischen Daten. Auch die Sorge einer gerechten Verteilung beschäftige die Eltern. Sie wünscht eine schnelle, pragmatische Lösung und fragt nach der Möglichkeit eines zweckgebundenen Spendenkontos.

Die Öffentlichkeit brauche zum Thema Luftfilter mehr Infos, moniert auch Stadtrat **Heer** und fordert ein zentrales Konto. Die Ausschreibung und Anschaffung könne in Tranchen, nach Spendeneingang, erfolgen. In den Schulen sollen alle maximal möglichen Maßnahmen getroffen werden.

Die Bürgerstiftung könne den Kauf der Filter nicht übernehmen, merkt EBMin **Schmetz** an. Das Leistungsverzeichnis werde überarbeitet und den Eltern zur Verfügung gestellt. Der städtische Fonds Jugend/ Bildung/ Zukunft sei der Ausschreibungspflicht unterworfen. Die Eltern können die Filter auf privater Basis besorgen. Es müsse jedoch ein Ausgleich an die Schulen mit einer nicht ausreichenden wirtschaftlichen Situation erfolgen. Hier müsse die Entwicklung abgewartet werden.

Es solle die Möglichkeit über Fördervereine zu spenden sowie über ein zentrales Spendenkonto geben, meint Stadtrat **Meyer**. Die Höhe der Spendeneinnahmen sei noch nicht absehbar und liege vermutlich unter dem Wert der Ausschreibungspflicht. Weiter geht er auf die Aktivitäten und Sommerprogramme ein. Er will wissen, welche Aufholprogramme im Sommer gelaufen seien und fragt nach der Resonanz sowie der weiteren Planungen.

EBMin **Schmetz** geht erneut auf die Ausschreibungspflicht ein. Vergleichsangebote müssen eingeholt werden. Die europaweite Ausschreibung liege bei Kosten über 200.000, -- Euro.

TOP 1

Aktueller Bericht aus dem Corona-Krisenstab - mündlicher Bericht

Der Leistungskatalog sei demnächst vorlegbar, fügt der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie hinzu. Luftfilter von unterschiedlichen Herstellern seien hinsichtlich der künftigen Wartung nicht geeignet. Wartungsverträge mit einem gewissen Leistungsportfolio müssen mitgedacht werden. Die Vergabe in Tranchen sei im Vergaberecht nicht möglich. Es solle eine stadtweite Spendensammlung und eine gezielte Schulspende möglich sein.

Stadträtin **Dr. Traub** dankt für die Corona-Krisenarbeit und die enorme Leistung. Die Verordnungen mussten schnell umgesetzt und die Entscheidungen mitgetragen werden.

EBMin **Schmetz** dankt für die Redebeiträge und schließt diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 2

Vorstellung Sozialdatenatlas - mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Es erfolgt ein Bericht durch eine **Mitarbeiterin** des Referates Steuerungsunterstützung und Grundsatzthemen anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Der Sozialdatenatlas ist auf der Internetseite der Stadt unter Rathaus und Service, Kategorie Statistik und Einwohnerzahlen, einsehbar.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Traub** regt einen Workshop zur Arbeit und Umgang mit dem Sozialdatenatlas an. Sie fragt nach den Erhebungen externer Gutachter.

Stadträtin **Liepins** geht auf die aufwendige jährliche Aufstellung ein und fragt, ob dies auch in einem zweijährigen Rhythmus ausreiche. Der Sozialdatenatlas sei sehr interessant und werde von ihr häufig genutzt. Sie fragt, ob externe Büros einbezogen werden.

Stadträtin **Moersch** wünscht den Sozialdatenatlas künftig im Vorfeld der Sitzung. Die aktuelle gesellschaftliche Situation durch die Pandemie sei dramatisch.

Stadtrat **Heer** schließt sich der Vorrednerin an.

Stadträtin **Shoaleh** begrüßt einen Workshop ebenso und wünscht die Einbeziehung des Integrationsrates zu einzelnen Themen.

In Zukunft solle im Ausschuss mehr mit den Sozialdaten gearbeitet werden, so Stadtrat **Meyer**. Die Verwaltung solle Auffälligkeiten rechtzeitig ansprechen und im Ausschuss Lösungsmöglichkeiten diskutieren.

EBMin **Schmetz** geht auf die offenen Fragen ein. Sie sagt zu, künftig die Präsentation im Vorfeld

der Sitzung zur Verfügung zu stellen. Die Datenanalyse fließe in die Sozialpolitik ein. Ein Vorschlag über das weitere Vorgehen werde folgen.

Der Aufwand sei nicht unverhältnismäßig hoch, fügt eine **Mitarbeiterin** des Referates Steuerungsunterstützung und Grundsatzthemen hinzu. Viele Prozesse seien bereits standardisiert und werden lediglich aktualisiert. Viele Daten brauche man ebenso für andere Zwecke. Es werden keine externen Büros hinzugezogen.

Beschlussempfehlung:

1. Der Neugründung der Kindertageseinrichtung Kreuzäcker 30/1 unter städtischer Trägerschaft wird zugestimmt.
 - a. Der Aufnahme in die städtische Bedarfsplanung von 1,5 Gruppen für Kinder im Alter von 3-6 Jahren und der Betreuungszeit VÖ 6/7 wird zugestimmt.
 - b. Für die Erstausrüstung der Einrichtung werden Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 € im Haushalt 2022 angemeldet.
 - c. Dem Personalmehrbedarf von 3,84 Fachkraftstellen wird zugestimmt, er wird im Stellenplan berücksichtigt.
2. Der Gründung der eigenständigen zweigruppigen Kindertageseinrichtung Naturkindergarten Osterholz unter städtischer Trägerschaft im Naturspielraum West wird zugestimmt.
 - a. Der Aufnahme in die städtische Bedarfsplanung von 1 Naturgruppe für Kinder im Alter von 3-6 Jahren und der Betreuungszeit VÖ 6 wird zugestimmt. Zudem wird die Naturgruppe, bisher Kindertageseinrichtung Heinrich-Schweizer-Straße, die sich schon im Naturspielraum West befindet, dem neuen Naturkindergarten Osterholz zugeordnet.
 - b. Die Beschaffungskosten für den Bauwagen, sowie die Kosten für die Erstausrüstung und die vorbereitenden Maßnahmen werden Haushaltsmittel in Höhe von 140.000 € für das Haushaltsjahr 2022 angemeldet.
 - c. dem Personalmehrbedarf von 2,44 Stellen wird zugestimmt, er wird im Stellenplan berücksichtigt.
3. Der Einrichtung einer sechsten Betreuungsgruppe im städtischen Kinder- und Familienzentrum Neckarweihingen wird zugestimmt.
 - a. Der Aufnahme in die städtische Bedarfsplanung von einer weiteren Gruppe für Kinder im Alter von 3-6 Jahren und der Betreuungszeit VÖ 7/GT 8 wird zugestimmt.
 - b. dem Personalmehrbedarf von 0,65 Stellen wird zugestimmt, er wird im Stellenplan berücksichtigt.
4. Der Nutzungsänderung zur Kinderbetreuungseinrichtung der leerstehenden Modulbauten bei der August-Lämmle-Schule wird vorbehaltlich des Baubeschlusses des SHL zugestimmt.
 - a. Für die Erstausrüstung der Einrichtung erhält der Träger einen städtischen Zuschuss, hierfür werden Haushaltsmittel in Höhe von 84.000 € im Haushalt 2022 angemeldet.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** und ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie gehen auf die Vorlage ein und beantworten die Fragen des Gremiums.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Wiedmann** wird der Vorlage zustimmen und will wissen, ob es bereits eine Lösung gibt für die Eltern, deren Betreuungsangebot, Beispiel Kita Eden, zeitlich gekappt worden sei. Positiv sei, dass der Personalbedarf für die Maßnahmen gedeckt ist. Sie vergleicht die Angaben im Sozialdatenatlas und weist auf die Unstimmigkeiten hinsichtlich des Bedarfes hin. Maßnahmen seien in der Vergangenheit geschoben worden, merkt sie kritisch an. Weiter fragt sie, ob das Zusatzangebot den angemeldeten Bedarfen entspreche und wann mit weiteren Maßnahmen zu rechnen sei. Sie hofft auf eine dementsprechende Abstimmung im Gemeinderat zum Haushalt 2022.

Seine Zustimmung signalisiert auch Stadtrat **Meyer**. Er freut sich, dass das notwendige Personal vorhanden sei, dennoch müsse noch mehr akquiriert werden. Er fragt, ob beim Naturkindergarten 20 zusätzliche Plätze eingerichtet werden. Er wünscht schnelle Lösungen und mehr Detailinformation zur Anzahl der Plätze und dem Umsetzungszeitraum. Er kritisiert die lange Planungsdauer, insbesondere bei der Maßnahme TakaTukaLand. Weiter geht er auf die Vorrednerin ein und merkt an, dass nur zukünftige Maßnahmen geschoben worden seien.

Stadträtin **Moersch** stimmt der Vorlage ebenso zu und regt an zu prüfen, ob es weitere Flächen für Naturkindergärten gibt. Dafür sei lediglich ein Bauwagen nötig. Weitere Gruppen könnten so schnell realisiert werden. Es müsse jede Möglichkeit ausgeschöpft und schnell ergriffen werden. Die derzeitige Personalsituation freut sie.

Alle Kommunen kämpfen um Personal und stehen in Konkurrenz, meint Stadtrat **Maier**. Es sei wichtig, weiter dranzubleiben und gute Bedingungen in Ludwigsburg zu schaffen. Es müssen neue Möglichkeiten geschaffen werden, da noch weitere Plätze gebraucht werden. Er begrüßt, dass die Mehreinnahmen durch die Gebührenerhöhung in den Ausbau der Kindertagesstätten fließen.

Die Nachfrage sei hoch, so Stadtrat **Heer**. Er geht mit der Vorlage mit. Weitere Angebote müssen erfolgen. Die Personalsituation sei angespannt und der Wettbewerb groß. Er geht auf die Aktivspielplätze als Vorstufe zum Naturkindergarten ein.

Stadträtin **Schmidt** spricht ihren gestellten Antrag an und fragt nach den Möglichkeiten für die betroffenen Eltern. Sie hofft auf Kooperationen, Beratungen oder Absprachen auch mit den Arbeitgebern.

Es werde regelmäßig geprüft, wo weitere Naturgruppen realisiert werden könnten. Viele geeignete freie Flächen gebe es leider nicht, so EBMin **Schmetz**. Zudem seien Anforderungen, wie Sanitärräume, zu erfüllen. Zur Frage hinsichtlich der gekappten Betreuungszeit teilt sie mit, dass es bereits Gespräche zur Situation in der katholischen Einrichtung Eden zwischen Stadt, Träger und Eltern gegeben habe und Lösungen gesucht werden. Weiter geht sie auf die Versorgungsquote ein. Hier fließe die Anzahl der Geburten und die vorhandenen Plätze ein. Unberücksichtigt bleiben die Kinder, die nicht in diesem Jahr geboren wurden. Die Versorgungsquote gebe keinen Hinweis auf die Anmeldeliste der unversorgten Kinder aus den Vorjahren. Die Anmeldesituation und die Versorgungsquote sei nicht identisch. Der Ausbauplan werde im Dezember erneut vorgestellt. Die Bedarfsplanung erfolge zweimal jährlich.

Zum Antrag von Stadträtin Schmidt werde eine Informationsvorlage erstellt, teilt ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie mit. Weiter teilt er mit, dass Stadträtin Burkhardt eine schriftliche Antwort auf ihren Antrag erhalte. Baurechtlich sei die Maßnahme TakaTukaLand nicht schneller umzusetzen. In der Naturkindergruppe gebe es insgesamt 40 Plätze, jedoch mit einem begrenzten Zeitfenster.

EBMin **Schmetz** stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Mit der Beratung zu Tagesordnungspunkt 3 ist dieser Antrag als erledigt anzusehen. Die Antragstellerin erhält ein Antwortschreiben, so ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie.

TOP 4**Otto-Hahn-Gymnasium – Schüler-Help-Desk als
Gewinner der Ferry-Porsche-Challenge
- mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

Dieser Tagesordnungspunkt wird vorgezogen und nach Tagesordnungspunkt 2 beraten. Das Gremium ist hiermit einverstanden.

Es erfolgt ein Bericht durch **Vertreter** des Otto-Hahn-Gymnasiums anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Das **Gremium** gratuliert und spricht seinen herzlichen Dank aus.

EBMin **Schmetz** schließt sich dem Dank und der Gratulation an.

TOP 5**Verlängerung der Verträge zur Trägerschaft der
Schulsozialarbeit****Vorl.Nr. 240/21**

Beschluss:

1. Die zum 31.12.2021 auslaufenden Verträge (Nebenabreden) über die Leistungsvereinbarungen zur Schulsozialarbeit werden gemäß in dieser Vorlage beschriebenen Rahmenbedingungen neu geschlossen.
2. Die Verträge sind gültig ab dem 01.01.2022 für einen Zeitraum von drei Jahren bis zum 31.12.2024, mit Option zur Verlängerung um zwei Jahre.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie geht auf die Vorlage ein und beantwortet die Fragen des Gremiums. Es haben konstruktive Gespräche mit den Trägern der Schulsozialarbeit stattgefunden. Man habe sich auf einen tragbaren Kompromiss geeinigt. Das Ergebnis biete für beide Seiten einen Mehrwert.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Schulsozialarbeit sei wichtig, unverzichtbar und ein wesentlicher Baustein für ein gutes Miteinander, meint Stadträtin **Shoaleh**. Diese Investition lohne sich. Es müssen gute Voraussetzungen geschaffen werden. Der Bedarf sei jedoch nicht gedeckt. Sie fragt, warum die

Verträge befristet seien und ob Prozesse optimiert werden können.

Schulsozialarbeit werde benötigt und sei unabdingbar, fügt Stadtrat **Meyer** hinzu. Die Träger seien wichtige Partner. Er wünscht eine Rückspiegelung durch den Fachbereich. Er fragt nach den in der Vorlage angegebenen zu finanzierenden Mitteln von 1 Million. Hierzu wünscht er nähere Information.

Als wichtigen Baustein sieht Stadträtin **Moersch** die Schulsozialarbeit und dankt der Verwaltung, den Trägern und den Schulsozialarbeitern. Die Auswirkungen der Pandemie auf Kinder und Jugendliche werde sich verzögert zeigen und müssen frühzeitig abgefangen werden. Sie wünscht eine Aufstockung der Stellen.

Die Trägervielfalt in Ludwigsburg sei vorbildlich, so Stadtrat **Maier**. Er geht weiter auf die Pandemiezeit ein. Eine Aufarbeitung werde jetzt erfolgen müssen. Zudem müsse präventiv gearbeitet werden. Es sei eine Investition in die Zukunft.

Stadtrat **Heer** spricht von einer wichtigen Arbeit und integralem Bestandteil im Schulleben. Die Trägervereine seien notwendig. Die Schulsozialarbeit wirke erfolgreich an den Schulen.

Stadträtin **Schmidt** geht auf die Stellenanteile und den Bedarf ein.

Nach der Pandemie sei der Bedarf noch mehr vorhanden, merkt EBMin **Schmetz** an. Ein Ausbauplan liege vor. Jedoch müsse dieser mit der Finanzsituation abgewogen werden. Über die Situation, die Wirkung und die aktuellen Themen werde ein Bericht erfolgen. Die Befristung der Verträge richte sich nach dem Vergaberecht.

Eine Prozessoptimierung sei nicht möglich, fügt der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie hinzu. Notwendige Optimierungen und Dynamisierungen seien getroffen worden. Die erwähnte Million betreffe die gesamte Schulsozialarbeit. Künftig werde dies differenzierter dargestellt.

EBMin **Schmetz** stellt die Vorlage zur Abstimmung.

geänderter Beschluss:

1. Die Spende der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH i. H. v. 16.000,00 EUR wird angenommen (Ifd. Nr. 1).
2. Die Spende der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH i. H. v. 10.000,00 EUR wird angenommen (Ifd. Nr. 7).
3. Die Spende der Wüstenrot Stiftung Gemeinschaft der Freunde Deutscher Eigenheimverein e.V. i. H. v. 10.000,00 EUR wird angenommen (Ifd. Nr. 23).
4. Die Spende der Wüstenrot Stiftung Gemeinschaft der Freunde Deutscher Eigenheimverein e.V. i. H. v. 10.000,00 EUR wird angenommen (Ifd. Nr. 24).
5. Die Spende der Goetze KG Armaturen i. H. v. 14.100,00 EUR wird angenommen (Ifd. Nr. 69).
6. Die Spende der Betz BauPartner GmbH i. H. v. 10.000,00 EUR wird angenommen (Ifd. Nr. 72).
7. Die Spende der Goetze KG Armaturen i. H. v. 29.500,00 EUR wird angenommen (Ifd. Nr. 77).
8. ~~Alle weiteren in der Anlage 1 aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen werden gesammelt angenommen.~~

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der geänderte Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** stellt Ziffer 1 bis 7 zur Abstimmung. Über Ziffer 8 wird heute nicht abgestimmt, da hier auf Anlage 1 verwiesen wird. Während des Beratungsverlaufes wird festgestellt, dass diese Anlage der Vorlage nicht beigefügt ist. Über Ziffer 8 soll in einer kommenden BSS-Sitzung abgestimmt werden. EBMin Schmetz lässt über die geänderte Vorlage, wie oben dargestellt, abstimmen.

Im Anschluss beendet EBMin **Schmetz** den öffentlichen Teil der Sitzung.